Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

Die Verhandlungen zum 1972 geschlossenen "Grundlagenvertrag" führten Egon Bahr für die Bundesrepublik und Michael Kohl für die DDR. Die Stasi war stets in Gespräche zwischen den beiden Delegationen involviert. So erhielt der 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Bruno Beater auch direkt von Kohl eine Zusammenfassung seiner Unterredungen mit Egon Bahr.

Am 21. Dezember 1972 wurde in Ost-Berlin der "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" unterzeichnet. Der sogenannte Grundlagenvertrag, der im Sommer 1973 in Kraft trat, war für beide Seiten ein Meilenstein und ein weiterer Schritt der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Der Grundlagenvertrag sollte aus der Konfrontation des Kalten Kriegs herausführen und dazu dienen, "normale gutnachbarliche Beziehungen" zwischen der Bundesrepublik und der DDR herzustellen und die Beziehung der beiden deutschen Staaten zu "normalisieren".

Die Stasi allerdings wappnete sich gegen vermeintliche Gefahren, die sich aus dem Entspannungsprozess und der deutsch-deutschen Annäherung für die DDR ergaben. Schon bei Abschluss anderer innerdeutscher Abkommen, wie dem Transitabkommen, das im Dezember 1971 unterzeichnet wurde, hatte sie die Notwendigkeit betont, den Prozess mit erhöhter Aufmerksamkeit und operativen Maßnahmen zu begleiten.

Daher war die Stasi in die Gespräche der beiden Delegationen involviert. Sie war genauestens über die Vertragsverhandlungen informiert, durch die schriftlichen Protokolle der Gespräche und auch Berichte Anwesender. In einer Dienstbesprechung im Juli des Jahres betonte Stasi-Minister Erich Mielke, dass Verhandlungen "harter Klassenkampf" seien. Es zeige sich "die gesamte imperialistische, antisozialistische, gegen die DDR gerichtete Zielstellung des Imperialismus der BRD und der Brandt/Scheel-Regierung."

Auf bundesrepublikanischer Seite führte die Gespräche der Bundesminister für besondere Aufgaben Egon Bahr, die Leitung der DDR-Abordnung hatte auf Vorschlag von Markus Wolf der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Michael Kohl inne. Kohl war bis 1975 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Hauptverwaltung A (HV A) registriert, doch ergibt sich aus den Akten nicht eindeutig, wie weit seine Zusammenarbeit mit dem Auslandsgeheimdienst der Stasi reichte.

Der zentrale Streitpunkt war die Frage nach dem Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die DDR-Führung verlangte die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR als souveränen Staat. Die Bundesregierung vertrat den Standpunkt, dass die einheitliche deutsche Nation weiter existiere und die beiden deutschen Staaten daher eine besondere Beziehung zueinander hätten. Damit hielt die Bundesregierung am grundgesetzlich verankerten Gebot der Wiedervereinigung fest. Über Monate führen die Delegationen und die beiden Verhandlungsführer zähe Gespräche, die auch die Viermächte-Zuständigkeiten, die Frage eines Friedensvertrages und praktische Regelungen wie Reiseerleichterungen, die Einrichtung neuer Grenzübergänge oder die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten in beiden deutschen Staaten berührten.

Über die Verhandlungen, so auch über die Vier-Augen-Gespräche zwischen Egon Bahr und Michael Kohl, sind in den Stasi-Unterlagen zahlreiche Berichte überliefert. Neben den eigentlichen Verhandlungsthemen verweisen die Berichte auch auf parteipolitische und wahltaktische Überlegungen der sozialliberalen Koalition, vor allem im Hinblick auf die anstehenden Bundestagswahlen im November 1972. Das vorliegende Dokument enthält Kohls eigene Niederschrift über Gespräche mit Egon Bahr vom 2. und 3. August 1972, die er an die SED-Führung sowie den 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit Bruno Beater weiterleitete.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Metadaten

Datum: 3.8.1972

Rechte: BStU

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

VM/1427/72
4. AUG. 1972

Michael Kohl

Berlin, den 3. August 1972

Persönlich
streng geheim

BStU
000184

V e r m e r k für

Genossen Erich H o n e c k e r
Genossen Willi S t o p h
Genossen Paul V e r n e r
Genossen Hermann A x e n
Genossen Otto W i n z e r
Genossen Bruno B e a t e r

In Anlage übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme:

1. Die Niederschrift aus dem Gedächtnis über persönliche Unterredungen mit Staatssekretär Bahr,

2. die Kurzfassung der offiziellen Gespräche mit Bahr und

3. die stenografische Niederschrift über die offiziellen Gespräche mit Bahr am 2./3. August 1972.

Ergänzend möchte ich noch auf folgendes hinweisen:

Bahr trug vor, daß vom Aero-Club Lübeck im August 1970 ein Segelflugzeug in der DDR notgelandet sei. Das Flugzeug sei beschlagnahmt und der Flugzeugführer zu einer Haftstrafe verurteilt worden, die er inzwischen abgesessen habe. Der Aero-Club bittet zu prüfen, ob die Maschine nicht doch zurückgegeben werden könne. (Der Prozeß muß seinerzeit in Berlin-Lichtenberg stattgefunden haben. Das Flugzeug ist anscheinend bei Parchim gelandet.)

Ich habe mich zu dem Anliegen Bahrs nicht geäußert.

Kohl

Anlagen

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 184

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

VME/ 1127172
4. AUG. 1972

BStU
000185

Persönlich
streng geheim

Berlin, den 3. August 1972

11 Exemplare zu 23 Blatt
5 Exemplar zu 23 Blatt
E I/115/72 + 2 Anlagen

N i e d e r s c h r i f t

aus dem Gedächtnis über persönliche Unterredungen mit Staatssekretär Bahr am 2. und 3. August 1972

I.

Auf Anregung von Staatssekretär Bahr hatten wir nach meinem Eintreffen im Bundeskanzleramt ein erstes persönliches Gespräch.

1. Ich forderte Bahr auf, offen darzulegen, wie er die Entwicklung in der BRD in den nächsten Monaten und die Gestaltung ihrer Beziehungen zur DDR sehe.

   Bahr führte aus:
   Es werde mit Sicherheit am 3. 12. oder schon am 19. 11. zu vorgezogenen Neuwahlen kommen. Dies sei hundertprozentig sicher. Auch Scheel, der zunächst "Manschetten" gehabt habe, sei nach dem Ausscheiden von Schiller für Neuwahlen, da man mit einem solchen "Übergangskabinett" und in der gegebenen Patt-Situation nur "mit Ach und Krach" regieren könne.

   Die Wahlen würden einen völlig anderen Charakter als bisherige

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000186

Wahlen haben und eine plebiszitäre Form annehmen. Die Entscheidung werde um die Frage gehen: Für Brandt/Scheel oder für Strauß/Barzel. Durch ihre Sammlungsbewegung aller Rechtskräfte (DU, NPD u. a. Rechtsextremisten) fördere Strauß selbst den plebiszitären Charakter der Wahlen. Wahlkampfthema 1 der CDU/CSU werde die Beschwörung der Gefahr einer Volksfrontregierung sein, Wahlkampfthema 2 die Fragen der Wirtschaft und der Preise.

Die SPD/FDP wolle Fragen der Ost- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund stellen.

Er rechne mindestens mit einem Wahlergebnis von 51 zu 49 % zu Gunsten der SPD/FDP. Er glaube auch, daß die FDP annähernd ihre Stimmen halten könne, auf keinen Fall unter 5 % zurückfallen werde. Eine ganze Reihe bürgerlicher Kräfte, die nicht die SPD wählen möchten, aber auch Sorgen vor der Politik von Strauß hätten, würden sich wohl für die FDP gewinnen lassen. Außerdem hätten Scheel und Genscher an Profil gewonnen.

Auf meine Frage, wie Bahr die Möglichkeit einschätze, daß die CDU/CSU auf einer Sondersitzung des Bundestages im August ein Mißtrauensvotum einbringe, erwiderte er, dies sei sehr unwahrscheinlich. Obwohl es keine Wahlabsprachen mit der CDU/CSU gäbe, hätte sich die Opposition durch ihre Erklärungen ebenfalls so stark auf Neuwahlen festgelegt, daß sie beim Wähler Prestige verlieren würde, wenn sie jetzt versuche,

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 186

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000187

auf "kaltem Wege" an die Regierung zu kommen. Außerdem würde sich in einem solchen Fall an der Patt-Situation wenig ändern, da auch eine so gebildete CDU/CSU-Regierung nur über eine verschwindend geringe Mehrheit verfüge.

Auf Zusatzfragen von mir bestätigte Bahr, daß man letztlich einen solchen Schritt der CDU/CSU aber nicht völlig ausschließen könne. In einem solchen Fall würde die Regierungskoalition der CDU/CSU zuvorkommen und Brandt gleich zu Beginn einer solchen Sondersitzung des Bundestages die Vertrauensfrage stellen lassen. Eine Überrumpelung durch die CDU/CSU sei ausgeschlossen, da sie derartige Absichten der Opposition rechtzeitig vorher erfahren würden.

Auf meine Frage, ob die Regierung der BRD einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen noch vor den möglichen Neuwahlen abschließen wolle, erwiderte Bahr, dies sei selbstverständlich der Fall, "wenn es sich um einen guten Vertrag handele". Dabei wurde deutlich, daß er an einen Vertrag denkt, der den BRD-Vorstellungen, insbesondere hinsichtlich eines Sondercharakters der Beziehungen, entgegenkommt.

2. Ich warf die Frage auf, ob es nicht vor allem im Interesse der BRD selbst richtig wäre, der Verwirklichung der UNO-Mitgliedschaft der DDR und der BRD den Vorrang einzuräumen. Manche Fragen, die bei den derzeitigen Verhandlungen zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 187

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000188

noch Schwierigkeiten bereiten, wären nach einer UNO-Mitgliedschaft der DDR und der BRD leichter lösbar. Die Regierung der BRD möge diese Frage sorgfältig überdenken, zumal die Verwirklichung der UNO-Mitgliedschaft sich günstig für die Posionen der SPD und FDP bei den Wahlen auswirken würde.

Bahr erwiderte, auch diese Frage sei bei ihnen sorgfältig geprüft worden. Dieser Weg sei aber nicht zu beschreiten, da für die UNO-Aufnahme ein Zustimmungsgesetz des Bundestages erforderlich wäre, was jetzt und so schnell überhaupt nicht herbeizuführen sei.

Ich wies daraufhin, daß ein solches Gesetz gar nicht erforderlich sei und trug die diesbezügliche Argumentation vor. Ich verwies weiter darauf, daß die BRD auch der Montan-Union und der NATO, die tiefgreifende Veränderungen der Gesellschafts- und Staatsstruktur der BRD zur Folge hatten, beigetreten sei, ohne vorher den Bundestag zu hören. In beiden Fällen sei der Bundestag erst im Nachhinein tätig geworden. Es gäbe also keinen stichhaltigen Grund, der die BRD hindern könnte, unverzüglich ihren Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft in der UNO zu stellen und im Verlauf der weiteren Entwicklung erforderlichenfalls auch das Parlament mit dieser Frage zu befassen.

Bahr bestritt dies hartnäckig. Der Beitritt zur Montan-Union und zur NATO sei nicht vergleichbar, da in diesen und allen ähnlichen Fällen die Entscheidung des Bundestages, auch wenn

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 188

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000189

sie erst später erfolgte, den Verträgen für die BRD erst Rechtskraft gegeben habe. Habe erst einmal ein Aufnahmeantrag an die UNO die Zustimmung des Sicherheitsrates und der Vollversammlung gefunden, könne das Parlament nichts mehr verändern. Es stehe vor vollendeten Tatsachen. Eine Ratifikation von UNO-Beitritten gäbe es nicht.

Wir hatten über diese Frage auch noch am Abend bei einer Bootsfahrt einen längeren Meinungsaustausch, bei dem Bahr hartnäckig auf seinem Standpunkt beharrte und mir die Übergabe eines Rechtsgutachtens ankündigte (wurde von ihm am 3.8. als inoffizielles Arbeitspapier übergeben, siehe Anlage 1). Dabei zeigte sich allerdings, daß Bahr gegen die rechtliche Möglichkeit einer sofortigen Antragstellung und die Behandlung der Frage im Bundestag während des Antragsverfahrens keine stichhaltigen Argumente vorbringen konnte. Wir werden auf die Frage bei der nächsten Begegnung in Berlin zurückkommen.

3. Ich verwahrte mich entschieden gegen erneute Versuche der BRD, die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Finnland zu erschweren. Bahr versuchte zu bestreiten, daß es Interventionen der BRD gäbe. Ich verwies daraufhin auf die Erklärungen von Moersch sowie auf Erklärungen des Vertreters der BRD in Helsinki. Bahr erwiderte, Moersch sei einfach von den getroffenen internen Abreden nicht informiert und habe dabei "Quatsch" geredet. Von den Erklärungen des Vertreters der BRD in Helsinki wußte Bahr angeblich nichts. Er sagte zu, sich sachkundig machen zu wollen und versicherte nochmals, daß die Regierung der BRD sich an die am 21. Juni 1972 gegebenen Zusagen halten werde. So habe der Vertreter der BRD bei der NATO, Krapf

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 189

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000190

auf Weisung der Regierung der BRD Anfragen von NATO-Staaten, "ob sie gegen die Kontakte der DDR zu Finnland intervenieren sollten", wenn auch in sehr gewundener Form, abschlägig beschieden. Dies habe bei einigen Partnern der NATO Verwunderung ausgelöst.

Ich bestand nochmals darauf, daß die Zusagen vom 21. Juni in allen Bereichen strikt eingehalten werden. Bahr versicherte dies erneut. Gleichzeitig versuchte er, uns eines unkorrekten Verhaltens bei der Arbeit mit diesen Zusicherungen zu bezichtigen (siehe hierzu im folgenden unter II).

4. Ich erklärte Bahr, daß eines meiner Hauptanliegen bei der derzeitigen Zusammenkunft sei, eine offizielle Stellungnahme der Regierung der BRD zu unserem Vertragsentwurf sowie überhaupt zu unseren Vorschlägen vom 15. Juni zu bekommen.

Bahr gab sich zunächst überrascht, wieso wir einen solchen Wunsch hätten. Er habe doch bei den vergangenen Begegnungen auch als offizieller Vertreter der BRD gesprochen. Ich erwiderte hierauf, daß im Gegensatz zu den sehr präzisen Vorschlägen der DDR die Ausführungen Bahrs vage und allgemein waren und oft nur den Charakter persönlicher Überlegungen hatten. Es sei für uns sehr wichtig, endlich eine präzise offizielle Stellungnahme der BRD zu bekommen. Bahr trug dann sinngemäß als offizielle Meinung der BRD die gleichen Gedanken vor, die er im folgenden in der offiziellen Unterredung wiederholte (siehe hierzu

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 190

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000191

Seite 5 bis 10 der stenografischen Niederschrift). Er ergänzte noch, die Regierung der BRD hoffe, den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen bis etwa 20. Oktober abschließen zu können. In der Zwischenzeit sollten sich die vier Mächte über eine Deklaration bei der UNO-Aufnahme der DDR und der BRD verständigen. Hier seien übrigens die Forderungen vor allem der Briten geradezu überspitzt. Sie wollten nicht nur eine Deklaration, sondern einen Vertrag über die "Sicherung ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten" haben. Dies sei selbstverständlich abwegig. Aber irgendeine Deklaration müsse es schon geben und die Regierung der BRD sei daran interessiert, daß die Gespräche über dieses Thema baldmöglichst begännen.

Ich bemerkte, daß der entscheidende Schritt doch wohl die Beantragung der UNO-Aufnahme sei. Die BRD brauche sich jetzt nur hierzu zu entschließen. Auf eine Viermächte-Erklärung ging ich nicht ein.

5. Ich verwies darauf, daß der Regierung der DDR Informationen vorliegen, nach denen faschistische Elemente aus der BRD am 13. August Provokationen auf den Transitstrecken der DDR zwischen der BRD und Westberlin planen.

Der bevollmächtigte Vertreter des Ministeriums für Verkehrswesen der DDR, Herr Friedrich, habe in seinen Gesprächen mit dem Vertreter des Bundesverkehrsministers der BRD am 28. Juli bereits nachdrücklich die Forderung erhoben, geeignete Schritte

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 191

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000192

zu unternehmen, derartige dem Geist und Buchstaben des Transitabkommens und der Entspannung widersprechende Aktionen zu unterbinden.

Herr Wulf habe auch zugesagt, daß die Behörden der BRD die notwendigen Schritte einleiten würden.

Im Auftrag der Regierung der DDR möchte ich angesichts der Tragweite eventueller Provokationen an dieser Stelle nochmals der Erwartung Ausdruck geben, daß die Regierung der BRD ihren im Transitabkommen eingegangenen Verpflichtungen entspricht und unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um den beabsichtigten Mißbrauch der Transitwege zu verhindern. Die Regierung der DDR werde gegebenenfalls ihrerseits die notwendigen Schritte unternehmen, um den Mißbrauch der Transitwege zu unterbinden.

Bahr erklärte, daß die BRD selbstverständlich gegen offene nazistische Demonstrationen (Mitführen von Transparenten oder Losungen sowie von Materialien, die zur Verbreitung auf den Transitstrecken bestimmt sind) einschreiten werde, da diese im Widerspruch zum Transitabkommen stehen. Er versuchte aber einschränkend geltend zu machen, daß das Transitabkommen nicht die Fahrt von Bürgern der BRD allein aus der Tatsache verbiete, daß sie Mitgliedder der NPD seien.

Ich ging auf Einzelheiten nicht ein, sondern forderte noch einmal ein wirksames Einschreiten der Organe der BRD gegen

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 192

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000193

jeglichen Versuch, die Transitstrecken der DDR für neonazistische Aktivitäten zu mißbrauchen. Bahr erwiderte, daß man seitens der Regierung der BRD dieser Frage die gebührende Aufmerksamkeit widmen werde.

6. Ich verwahrte mich gegen die mit dem Vierseitigen Abkommen unvereinbaren "Arbeitssitzungen" der bayrischen CSU-Fraktion vom 17. bis 19. 6. in We-stberlin, bei denen in herausfordernder Weise u. a. auch "aktuelle Fragen Berlins" behandelt wurden. Ich forderte die Regierung der BRD auf, ihren Verpflichtungen aus dem Vierseitigen Abkommen nachzukommen und die Wiederholung ähnlicher rechtswidriger Aktionen zu unterbinden.

   Bahr erwiderte, ihm sei diese Tagung durch seinen Urlaub "entgangen". In der Tat seien solche "Arbeitssitzungen" ungewöhnlich, und es sei nicht einzusehen, was der bayrische Landtag über Berlin zu sprechen habe. Er werde sich sachkundig machen. So etwas sei tatsächlich "nicht nötig".

7. Ich machte Bahr Vorhaltungen, weil im Aufnahmeantrag der BRD auf Mitgliedschaft in CIM und CIV der Anspruch erhoben wurde, auch für Westberlin tätig zu werden. Dies sei unvereinbar mit dem Briefwechsel Kohl - Bahr vom 26. Mai 1972, in dem ausdrücklich vereinbart wurde, daß die Rechtslage der Schienenwege in Westberlin durch die Mitgliedschaft in CIM und CIV unberührt bleibt. Zuständig für die Schienenwege sei aber allein die dem Ministerium für Verkehrswesen der DDR nachgeordnete Deutsche

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 193

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000194

Reichsbahn. Im übrigen habe die Deutsche Reichsbahn auch in der Vergangenheit stets ihr in Westberlin gelegenes Streckennetz sowie auf Antrag der betreffenden Gesellschaften die Neukölln-Mittenwalder Eisenbahngesellschaft sowie die Osthavelländische Eisenbahn in CIM und CIV eingebracht. Auf der Grundlage der Streckenlisten der DDR werde der gesamte internationale (Ausnahme bisher BRD) CIM/CIV-Verkehr zwischen Westberlin und den CIM/CIV-Vertragsstaaten abgewickelt.

Bahr versicherte, daß nicht beabsichtigt sei, an der Rechtslage der Schienenwege in Westberlin sowie an der Zuständigkeit der Deutschen Reichsbahn zu rütteln. Diese Schienenwege sollten auch nach Auffassung der Regierung der BRD weiterhin durch die DDR in CIM und CIV eingebracht werden. Neben dieser Frage stünde aber das Problem, wer das Gebiet Westberlin gegenüber CIM/CIV vertrete, da sich aus CIM/CIV z. B. auch Verpflichtungen für Spediteure usw. ergeben würden.

Wir kamen überein, diesen Fragenkomplex bei der nächsten Begegnung in Berlin weiter zu erörtern.

8. Es wurde Übereinstimmung erzielt, die nächste Begegnung am 16. und 17. August 1972 in Berlin durchzuführen.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 194

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000195

II.

Während einer Bootsfahrt am Abend des 2. 8. hatte ich weitere persönliche Gespräche mit Bahr. Hierbei wurden folgende Themen erörtert:

1. Grenzen

Ich äußerte meine Unzufriedenheit über die erneuten verschwommenen Ausführungen Bahrs. Warum könne er sich nicht zu seiner ursprünglichen Aussage bekennen, daß die Grenzen im Vertrag genauso geregelt werden müssen wie im Moskauer Vertrag.

Bahr behauptete, die Grenzklausel im Moskauer Vertrag habe von Bonn so nur akzeptiert werden können, weil in anderem Zusammenhang im Vertrag der Sondercharakter der Beziehungen der BRD zur UdSSR als einer der vier Siegermächte deutlich werde. Wenn in der Präambel oder an anderer Stelle unseres Vertrages irgendwie auf das Stichwort der Nation oder auf die Viermächte-Zuständigkeiten verwiesen werde, sehe er die Möglichkeit, analog auch die Moskauer Grenzklausel zu übernehmen.

Auf entsprechende Vorhaltungen meinerseits gab Bahr unumwunden zu, daß es der BRD darum gehe, in irgend einer Weise einen Sondercharakter der Beziehungen zu fixieren, also dem Vertrag den Charakter eines modus vivendi zu geben.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 195

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000196

Zur Grenze hatte Bahr am Nachmittag noch ausgeführt:
Es gäbe eine Fülle von "kleinen Geschichten" entlang der Grenze (30 bis 50 kleine Sachen), die der Regelung bedürften. Sicher könne dies erst geschehen, wenn der Vertrag abgeschlossen sei. Aber entsprechende Folgeverhandlungen sollten vorgesehen werden.

2. Souveräne Gleichheit und Nichteinmischung

Ich forderte von Bahr eine präzise offizielle Stellungnahme in der Sitzung der Delegation am 3. 8.:

- Zur souveränen Gleichheit vertrat Bahr eine ähnliche Konstruktion wie zur Frage der Grenze.

- Zur Nichteinmischung erklärte Bahr, beide Seiten würden sich doch auch künftig mehr mit der inneren Situation des anderen befassen als mit den Verhältnissen eines anderen Staates. Ein Ausweg biete vielleicht der Begriff der Nichtintervention.

Ich warf die Frage auf, ob Bahr hier nur ein Fremdwort für den deutschen Begriff verwenden wolle, oder ob es der BRD nicht vielmehr darum gehe, die Nichtintervention enger auszulegen als die Nichteinmischung:

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 196

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000197

Nur Verbot gewaltsamer Aktionen, während die unterschwelligen Methoden der Infiltration zulässig sein sollen.

Bahr gab dies unumwunden zu. Ich wies ein solches Ansinnen strikt zurück und bestand darauf, daß sich die BRD uneingeschränkt und vorbehaltlos zu den Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Nichteinmischung bekennen muß.

3. Artikel 8

Bahr erklärte, ich würde es ihm "außerordentlich erleichtern", die Zustimmung des Bundeskabinetts zur Aufnahme von Verhandlungen zu bekommen, wenn ich bei meinen morgigen Ausführungen das prinzipielle Einverständnis mit seinen heutigen Darlegungen zu Artikel 8 erklären würde. Ich erwiderte, dies sei so nicht möglich. Übereinstimmung gäbe es bestenfalls insofern, als bei der Behandlung des Artikels 8 unseres Vertragsentwurfs die Bereiche abgesteckt werden könnten, auf denen künftig - also nach Abschluß des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen - Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministerien über völkerrechtsgemäße Verträge möglich wären. Aber auch das sei abhängig von der Beendigung der Einmischung der BRD in die Außenbeziehungen der DDR. Keine Übereinstimmung gäbe es in der von Bahr aufgeworfenen Frage, schon im Verlauf der Verhandlungen über unseren Vertrag durch ein- oder zweiseitige Beschlüsse der Verhandlungspartner irgendwelche Einzelfragen zu regeln. Die BRD könne doch nicht erwarten, daß die DDR den Bruch ihr

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 197

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000198

gegebener Zusagen auch noch honoriere. Bahr behauptete zunächst, die Frage einer Diskriminierung der DDR werde sich bei künftigen Verhandlungen der Fachministerien nicht mehr stellen, denn mit einer Unterzeichnung des Grundvertrages würden bis auf die UNO-Hauptorganisation alle Schwierigkeiten für die DDR entfallen.

Warum könne man denn aber nicht schon vorher einige Einzelfragen regeln, "die gar keiner großen Verhandlungen bedürften". Bahr erwähnte wieder die Gleichstellung der Journalisten und kam dann auf den Handel zu sprechen. Die BRD möchte, daß der Handel "in seiner bisherigen Struktur weitergeführt werde". Dabei könnten langfristige Regelungen vereinbart und "auch das Etikett verändert werden". Aus der Treuhandstelle für den Interzonenhandel könne ein "Büro für den Handel zwischen beiden deutschen Staaten" werden.

Auf meinen Einwand, aus einem "Interzonenhandel" solle also lediglich ein "innerdeutscher Handel" werden, erwiderte Bahr, dieses Prädikat brauche man nicht zu gebrauchen, aber an der Struktur des Handels dürfe nichts geändert werden, "um beiden Seiten die derzeitigen Präferenzen zu erhalten".

Ich führte das Gespräch nicht weiter. Bahr kam daraufhin noch einmal auf Artikel 8 zurück und machte deutlich, daß die BRD hier einen ganzen Katalog von Themen aufführen möchte, die

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 198

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000199

einer künftigen Regelung bedürfen. Dabei müsse auch skizziert werden, wie diese Regelungen aussehen sollen, das heißt z. B., beim Handel möchte man den Sondercharakter festschreiben.

Ich lehnte ein solches Ansinnen ab.

Bahr kam daraufhin wieder auf seine "Schwierigkeiten" zu sprechen, dem Kabinett die Aufnahme von Verhandlungen zu empfehlen. Ich erwiderte, wir seien zwar für die Aufnahme von Verhandlungen, aber wenn das Kabinett sich dazu nicht jetzt, sondern vielleicht erst in 14 Tagen entschließen wolle, sei das kein Drama. Wir hätten nur geglaubt, daß die BRD eigentlich ein starkes Interesse an einem zügigen Fortgang der Dinge haben müßte.

Bahr bestätigte dies. Da die drei Westmächte erst nach der Aufnahme von Verhandlungen bewogen werden könnten, ihre Gespräche mit der UdSSR über eine Deklaration bei der UNO-Aufnahme der DDR und der BRD aufzunehmen, sei in Bonn tatsächlich ein erhebliches Interesse vorhanden, den Meinungsaustausch bald in Verhandlungen überzuleiten.

Ich betonte noch einmal, daß sachlich doch alle Voraussetzungen gegeben seien, dies zu tun.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 199

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000200

4. Zu innenpolitischen Fragen

Bahr sprach über Schiller als die "Callas" der SPD. Er könne zwar etwas, habe sich aber durch seine Extravaganzen und seine Eigenwilligkeit Schritt für Schritt alle Sympathien innerhalb der SPD verscherzt. Schmidt werde seine Aufgabe sehr ernst nehmen und sicherlich auch bei der Industrie gut ankommen, zumal Rüstungsaufträge sehr geschätzt seien. Für die Perspektive werde Schmidt als Nachfolger von Brandt aufgebaut. Als Nachfolger für Wehner sei an Leber gedacht.

Auf meine Frage nach dem Gesundheitszustand Schmidts erklärte Bahr, einige Zeit habe man Sorge gehabt, daß Schmidt an Krebs erkrankt sei. Inzwischen hätte sich aber herausgestellt, daß er eine Virusinfektion des Blutes hatte, die nicht auskuriert wurde. Er nehme deshalb einen mit Behandlung gepaarten Urlaub und werde im September sicher wieder "topp-fit" sein.

Auf meine Frage, was Bahr bei einem für die SPD negativen Wahlausgang eigentlich unternehmen wolle, erwiderte er, darüber sei er sich selbst noch nicht schlüssig. Von seiner Pension könne er jedenfalls allein nicht leben, da er maximal 10 Beamtenjahre aufzuweisen habe und daher nur etwa 50 % seiner derzeitigen Bezüge erhalten würde. Er sei aber ziemlich sicher, daß dies eine theoretische Frage bleibe.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 200

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000201

5. München

Bahr erkundigte sich, wer von der Spitze der DDR zur Olympiade nach München komme. Ich erwiderte, hierüber durch meinen Urlaub nicht auf dem laufenden zu sein.

Bahr erneuerte seine Einladung an mich zu einem Besuch Münchens. Ich ging hierauf nicht ein.

Bahr warf die Frage auf, ob wir unsere übernächste Begegnung in München durchführen könnten. Ich erwiderte, das erscheine uns angesichts der hektischen Betriebsamkeit , die in diesen Tagen in der Stadt herrschen werde, nicht zweckmäßig. Wir seien aber bereit, Bahr auf halbem Wege entgegenzukommen und die übernächste Begegnung in Nürnberg, Stuttgart oder Rothenburg o. Tauber durchzuführen. Bahr bemerkte, Rothenburg sei sicher ein interessanter Gedanke. Wenn wir aber schon nicht zu dem Gespräch nach München kommen wollten, sei es wohl richtiger, es bei Bonn zu belassen. Ich stimmte dem zu.

6. Indiskretionen

Bahr behauptete, einer ihrer Botschafter habe folgendes an Scheel berichtet: Der in seinem Aufenthaltsland tätige DDR-Diplomat habe gegenüber der Regierung des Gastlandes mit einem einem "Aide-memoire" gearbeitet, das dem "Non-Paper" entspreche,

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 201

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000202

das Bahr mir am 21. Juni hinsichtlich eines gewissen Abbaus der Einmischungen der BRD in die Außenbeziehungen der DDR übergeben habe. "Dies sei ein unmöglicher Vorgang".

Ich wies die Vorhaltungen Bahrs entschieden zurück. Was er behaupte, sei einfach unmöglich. Wenn jemand Beschwerde zu führen hätte, so seien wir es. Im folgenden trug ich Bahr unsere Beschwerden wegen der gezielten Indiskretionen seitens der BRD über den Inhalt unserer Gespräche zu. Ich führte insbesondere Klage darüber, daß selbst die streng vertrauliche Abrede betreffend die Einstellung gezielter propagandistischer Aktivitäten gegen die Streitkräfte des jeweils anderen Staates im "Spiegel" publiziert worden sei.

Bahr erwiderte, er bedauere dies. Da über diese Abrede ein sehr breiter Kreis von Dienststellen informiert werden mußte, sei es jedoch unmöglich gewesen, die Vertraulichkeit zu wahren. Auf Grund der Meldung im "Spiegel" habe der Bundestagsabgeordnete Karl-Heinz Gierenstein sogar eine kleine Anfrage eingebracht, die in diesen Tagen beantwortet werden müsse (Anfrage und Antwort in Anlage 2).

Ich nahm dies zum Anlaß, um nochmals den Wert vertraulicher Absprachen mit der BRD in Zweifel zu ziehen.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 202

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000203

III.

Am Vormittag des 3. August hatte ich ein weiteres persönliches Gespräch mit Bahr.

1. Finnland

Ich forderte Bahr auf, noch einmal zur Haltung des BRD-Vertreters in Helsinki Stellung zu nehmen. Bahr erwiderte, er sei der Frage nachgegangen. Der BRD-Vertreter sei natürlich nicht im einzelnen über die Zusagen vom 21. Juni informiert. Er habe nur eine allgemeine Weisung bekommen. Wie Bahr einem Bericht aus Helsinki entnommen habe, sei diese Weisung von dem BRD-Vertreter "besonders linientreu" interpretiert worden. Bahr habe mit dem Auswärtigen Amt gesprochen und veranlaßt, daß der BRD-Vertreter, um weitere Komplikationen zu vermeiden, nach Bonn gebeten werde. Hier wolle man ihm dann klarmachen, daß er zurückhaltender und vorsichtiger auftreten müsse.

Ich gab mich hiermit nicht zufrieden. Bahr erklärte daraufhin, mehr könne er zur Zeit auch nicht tun.

2. Eventuelle Provokationen am 13. August

Unter Bezugnahme auf meine Hinweise vom Vortage erklärte Bahr, es sei alles veranlaßt worden, um diese Dinge unter "interne

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU 000204

Kontrolle zu bringen". Das Innenministerium sei mit der Frage befaßt. Vielleicht würden die betreffenden Kreise auch noch davon Abstand nehmen, nach Westberlin zu fahren.

Sollten wir noch konkretere Angaben über die beabsichtigte Fahrt bekommen, möchten wir sie über Herrn Friedrich an Herrn Wulf mitteilen. Die Regierung der DDR könne davon ausgehen, daß die Regierung der BRD ihrer Verantwortung aus dem Transitabkommen entspreche.

Auf meine Frage meinerseits erklärte Bahr, daß die Organe der BRD einschreiten würden, wenn "offensichtlich" ein Mißbrauch der Transitstrecken beabsichtigt sei. Bahr vermied erneut konkrete Zusicherungen.

3. Einladung von Franke

Franke habe den dringenden Wunsch geäußert - als Gegenzug zu dem Besuch von Bahr bei Winzer - Kohl zu einem Gespräch zu empfangen. Ich erwiderte Bahr, daß ich nicht gewillt bin mit Franke zusammenzutreffen. Mit irgendwelchen innerdeutschen Angelegenheiten hätte ich nichts zu tun. Wenn Herr Scheel einen solchen Wunsch habe, sei dies eine andere Frage.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 204

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000205

4. Transitverkehr

Bahr kam auf die Gespräche zwischen Genossen Friedrich und Herrn Wulf am 28. 7. über Probleme bei der Durchführung des Transitverkehrs zurück. Insgesamt sei festzustellen, daß der Verkehr reibungslos verlaufe. Unter Berücksichtigung der Beschwerden der DDR werde die BRD in Kürze Handzettel herausgeben, die präzise Instruktionen für die Transitreisenden enthalten würden. Offen seien nach seiner Ansicht nur zwei Fragen, einmal eine präzise Information seitens der DDR-Organe an die BRD-Organe im Fall von Verhaftungen von Transitreisenden sowie der Weg bei Benachrichtigungen Westberliner Dienststellen.

Ich erwiderte, daß diese Fragen in der Tat in der Kommission erörtert wurden und im September weiter besprochen werden sollen. Die Kommission sei in der Lage, diese Probleme selbst zu lösen und wolle dies auch tun. Mir sei nicht bekannt, daß der Wunsch geäußert wurde, Bahr und Kohl mit diesen Themen zu befassen. Bahr mußte dies bestätigen. Er habe die Fragen auch nur am Rande anschneiden wollen.

Bahr ging dann auf die Fragen des Binnenschiffsverkehrs auf den Wasserstraßen in der Hauptstadt der DDR zwischen dem Britzer Zweigkanal und der Marschallbrücke ein und erklärte,

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 205

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
000206

die Frage der Visagebühren und der Warenbegleitscheine sei entsprechend früherer Absprachen befriedigend geregelt worden. Schwierigkeiten würden sich nur noch bei der Zollkontrolle ergeben. Ich erwiderte, wenn es überhaupt Schwierigkeiten gäbe, so resultierten sie daraus, daß BRD- und Westberliner Organe versuchen, diese Binnenwasserstraßen als Teil der Transitwege von und nach Westberlin auszugeben und dem Regime des Transitverkehrs zu unterstellen. Die Binnenwasserstraßen in der Hauptstadt der DDR gehörten aber eindeutig nicht zu den Transitstrecken und würden auch nicht vom Transitabkommen erfaßt. Bahr mußte dies bestätigen. Ich forderte ihn auf, dafür Sorge zu tragen, daß auch entsprechend gehandelt wird. Dann würde sich die Abw icklung des Verkehrs auf den Binnenwasserstraßen in der Hauptstadt der DDR sicher noch reibungsloser gestalten.

5. a) <u>Einzelfragen von Bahr, auf die ich nicht näher einging</u>

- Bahr erklärte, die neue Grenzordnung der DDR werde von bestimmten Kreisen in der BRD als Ausdruck einer Verschärfung der Haltung der DDR interpretiert. Er selbst glaube das nicht. Ob man der Regierung der BRD nicht Argumente geben könne, diesem Gerede entgegenzutreten.

- Bahr bat erneut, die Regierung der BRD über die neuen Bestimmungen der DDR für den Geschenkpaketverkehr zu informieren, damit die Bevölkerung der BRD in Kenntnis gesetzt werden könne, was geschickt werden dürfe.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 206

Gedächtnisprotokoll über eine "persönliche Unterredung mit Staatssekretär Bahr"

BStU
006207

- Bahr erklärte, daß nach wie vor die Frage der Überführung bestimmter Kinder aus der DDR zu ihren in der BRD wohnenden Eltern offen sei. Bundestagsabgeordnete, die angeblich von einer entsprechenden Abrede Kenntnis hätten, wollten die Sache jetzt an die große Glocke hängen.

b) Einzelfragen von Bahr, die ich zurückwies

- Bahr versuchte, das Thema der "Sofortbesuche" Westberliner Bürger in der DDR anzuschneiden. Ich wies dies zurück. Bahr sei für Fragen der Beziehungen Westberlins zur DDR nicht zuständig.

- Bahr bat darum, die Anordnungen des Innenministers der DDR zur Kenntnis nehmen zu können, deren Verabschiedung bei Inkrafttreten des Verkehrsvertrages beabsichtigt sei (Reiseverkehr). Ich wies dies als unzumutbar zurück. Was geregelt werde, sei Bahr aus meinem diesbezüglichen Brief bei Unterzeichnung des Verkehrsvertrages bekannt.

Signatur: BStU, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, Bl. 184-207

Blatt 207